

Großbritannien

Open Source bevorzugt

[24.09.2010] Für quelloffene Lösungen wird sich die britische Regierung künftig entscheiden. Kommunen müssen bei der Veröffentlichung ihrer Ausgaben ebenfalls ein offenes Format verwenden.

Die britische Regierung soll künftig bei vergleichbaren Kosten Open-Source-Lösungen statt proprietärer Software beschaffen. Das hat Francis Maude, Minister im Cabinet Office, angekündigt. Auch wenn keine bedeutenden Kostenunterschiede bestehen, würden quelloffene Anwendungen aufgrund ihrer Flexibilität bevorzugt. Die möglichen Einsparungen durch den Einsatz von Open Source Software könne die Regierung nur schwer beziffern, da es sich lediglich um ein Element einer übergreifenden Lösung handle. Das teilt der britische Branchendienst Kable mit. Er berichtet weiterhin, dass Kommunen gemäß einer neuen Leitlinie der Regierung bei der Veröffentlichung ihrer Ausgaben das offene Format CSV verwenden müssen. Excel und PDF seien als alleinige Formate nicht mehr zulässig, da insbesondere PDF-Dateien keine Weiterverwendung erlauben. Als Alternativen dürfen sie jedoch auch weiterhin angeboten werden. Ab Januar 2011 müssen alle englischen Kommunalverwaltungen Ausgaben über 500 Pfund (rund 584 Euro) – ausgenommen Gehälter und Ausgleichszahlungen – offenlegen. Zudem ist der Ansprechpartner zu nennen, der für die Veröffentlichung der Daten zuständig ist und an den Fragen gerichtet werden können.

(rt)

Stichwörter: Open Government, Großbritannien, Cabinet Office, Francis Maude, Open Source Software, Open Data, Open Government